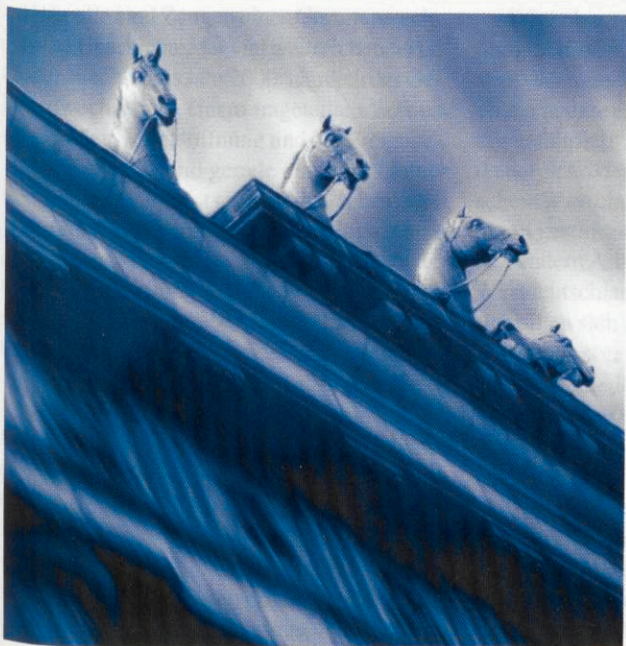


Anlass zur Freude und Anlass, mit **Zuversicht nach vorne** zu schauen



Musterrede
zum Tag der
Deutschen
Einheit am
3. Oktober

”

Der Blick nach vorne verrät uns: Die Mehrheit ist optimistisch gestimmt im zehnten Jahr der Einheit. Immer mehr Menschen in den neuen Ländern beurteilen ihre Situation

positiv – sowohl persönlich wie wirtschaftlich. Gerade die CDU-regierten Länder im Osten sind gut in Schwung gekommen.

Auch das ist ja ein Beitrag zur deutschen Normalität. Denn egal, ob alte oder neue Bundesländer: Im Süden und da, wo mehrheitlich die Union regiert, geht es mit der Wirtschaft steiler bergauf als anderswo. Weil sie die Bedingungen schafft, damit sich Leistung lohnt.

Überall in den neuen Ländern sehen wir viel Einsatz und Flexibilität, viel Mut zu neuen Lösungen – Dinge, die in der alten Bundesrepublik durchaus nicht an der Tagesordnung waren. Aus den neuen Ländern kommt also ein frischer Wind, der ganz Deutschland nach vorne treibt.

Liebe Freunde, meine Damen und Herren!

Der 3. Oktober, der Tag der Deutschen Einheit, ist für uns Christdemokraten jedes Jahr aufs Neue ein ganz besonderer Feiertag: ein Anlass zur Freude, ein Anlass zu feiern.

Wie ich sehe, ist er das für Sie auch: Ich freue mich, dass Sie zu unserer Veranstaltung gekommen sind und begrüße Sie sehr herzlich.

Vor zehn Jahren geschah etwas Unglaubliches: Plötzlich wurde Realität, was 40 Jahre lang ein Traum war; mehr als das, nicht nur ein Traum, sondern ein politisches Ziel, das die CDU nie aufgegeben hatte.

Am 3. Oktober 1990 ging dieser Traum in Erfüllung: Nach mehr als vier Jahrzehnten Zweiteilung unseres Landes und unseres Volkes war die Einheit da. Wir haben damals gesagt, und wir sagen es heute: Die Deutsche Einheit ist ein großes Glück für alle Menschen in Ost und West.

Wir alle sind Zeugen eines Gezeitenwechsels der Geschichte, der viel weitreichender ist als der Wechsel ins Jahr 2000: nämlich des Gezeitenwechsels zu einem ungeteilten Europa des Friedens, der Hoffnung und der Freiheit.

Mittlerweile sind gerade einmal 10 Jahre vergangen. Und es ist großartig zu sehen, wie selbstverständlich die Einheit im Alltag schon gelebt wird. Natürlich ist auch die Debatte über die Gestaltung der Einheit – über Verdienste und Fehler, über Möglichkeiten und Chancen seit der historischen Zeitenwende – nicht abgebrochen, und wie sollte sie auch?

Aber lassen Sie mich sagen: Ich bin glücklich und dankbar, dass wir diese Debatte führen können und nicht mehr über Reiseerleichterungen oder Fünfjahrespläne sprechen müssen.

Die deutsche Einheit zu erleben, war für viele zu einer Utopie geworden, und für manche war sie nicht mal mehr das. Für uns hin-

gegen war sie immer der visionäre Zielpunkt der Politik. Die Zweistaatlichkeit Deutschlands war ein abnormer Zustand. Wir haben den Auftrag des Grundgesetzes nie vergessen. Und dieser Auftrag bestimmte die deutsch-deutsche Politik der CDU: Menschliche Erleichterungen – ja. Aber kein Arrangement mit SED und Stasi.



Was wir nicht vergessen haben

Das war keine Selbstverständlichkeit. Die Sozialdemokraten zum Beispiel hatten mit der deutschen Teilung und dem Honecker-Regime längst Frieden geschlossen. 1980 haben sie Honeckers Geraer Forderungen übernommen, durch die die beiden deutschen Staaten füreinander zum Ausland geworden wären. 1987 hat die SPD sogar ein gemeinsames „Grundwerte“-Papier mit der SED verabschiedet.

Wir haben auch nicht vergessen, dass Gerhard Schröder gegen die deutsche Einheit war. Wenige Monate vor ihrer Verwirklichung nannte er sie „reaktionär und hochgradig gefährlich“; und als es zum Schwur kam, da hat Schröder gegen den Vertrag zur deutschen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion gestimmt. Als Menschen aus den neuen Ländern Arbeit und einen neuen Anfang in Westdeutschland suchten, da sagte er ihnen, sie sollten sich „hinten anstellen“.

Jetzt lässt er sich allenthalben dafür loben, wie toll seine Reise durch die neuen Länder inszeniert war. Doch bei jedem Schritt war deutlich zu merken, dass dies für Schröder „fremdes Land“ geblieben ist.

Vor zehn Jahren nahm die Geschichte ihren Verlauf Gott sei Dank auch ohne das Zutun der SPD. Denn im Herbst des Jahres 1989 wurde schnell deutlich: Selbst nach 40 unendlich langen Jahren hatte der SED-Staat mit

all seinen Stasi-Methoden den Willen zur Freiheit nur zu unterdrücken vermocht. Ausgelöscht hat er ihn nie.

Dieser Wille zur Freiheit brach sich Bahn im Mut der Menschen, die in Leipzig, in Ost-Berlin und überall in der DDR demonstrieren und Widerstand geleistet haben. Sie brachten die friedliche Revolution ins Rollen – mit Worten und mit Kerzen, ohne Gewalt und ohne Blutvergießen. Es war der Mut dieser Bürger, der den Wandel von der Diktatur zur Demokratie in Gang gesetzt hat. Es sind die Menschen, die sich auf Strassen, in Kirchen und Wohnzimmern versammelt haben, die die Geschichte bewegt haben. Zivilcourage und Engagement – davon lebt die Demokratie, auch heute!

■

Helmut Kohl ist der Kanzler der Einheit

Damals brauchte es Mut auf beiden Seiten der Mauer. Auch den Mut und die Entschlossenheit von Bundeskanzler Helmut Kohl und der Union, diese einmalige, historische Chance zu nutzen. Das Zeitfenster zur Einheit stand nicht beliebig lange Zeit offen. Es galt zu handeln.

Ohne den Mut der Menschen in der DDR und ohne den Mut der CDU-geführten Bundesregierung wäre Dresden noch heute keine freie Stadt.

Wenn heute manche (wie z. B. der SPD-Generalsekretär Franz Müntefering) sagen, Deutschlands Wiedervereinigung hätte jeder Kanzler bewerkstelligen können, dann ist das schlicht und ergreifend die Unwahrheit. Oder glauben Sie, ein Oskar Lafontaine oder ein Gerhard Schröder hätte beherzt die historische Chance ergriffen?

Helmut Kohl ist der Kanzler der Einheit – und er wird es immer sein. Unter der von ihm

geführten Bundesregierung wurde ein Kapitel der deutschen Geschichte vollendet, auf das wir stolz sind. Denn nach einem Jahrhundert, in dem Deutschland zweimal Krieg und Leiden über Europa gebracht hat, hat unser Land an der Schwelle zum 21. Jahrhundert das beste Beispiel für eine friedliche Revolution, für eine Zeitenwende im Geiste der Freiheit geschaffen.

Auf diesem Weg gab es viele Etappen – und jede für sich ist eine großartige Leistung: ■ Lech Walesa und Solidarnosc haben in Polen die Fahne der Freiheit schon früh hochgehalten, und noch heute haben wir die bewegenden Bilder im Kopf, als die Ungarn begannen, Löcher in den Eisernen Vorhang zu schneiden. Das werden wir nicht vergessen.

■ Michail Gorbatschow beendete den Kalten Krieg und entließ die sowjetischen Satellitenstaaten in Mittel- und Osteuropa in die Freiheit. Gorbatschow hat die Tür zum Haus Europa geöffnet. Dafür sind wir ihm ewig dankbar.

■ Perestrojka und Glasnost aber hätte es ohne den auch von der CDU-geführten Bundesregierung durchgesetzten NATO-Doppelbeschluss nicht gegeben.

■ Die ersten freien Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 haben klare Mehrheiten und eine demokratisch legitimierte Regierung für Schritte in Richtung Einheit gebracht. Die Regierung von Ministerpräsident Lothar de Maizière hat diesen Auftrag konsequent erfüllt.

■ Der Einigungsvertrag besiegelte, was mit dem Ruf „Wir sind ein Volk“ begonnen hatte. Wolfgang Schäuble, der Architekt der Einheit, und Günter Krause unterzeichneten ihn am 31. August 1990. Von da an lebten alle Deutschen in einem Land, in dem Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie herrschen. Das ist ein Zugewinn, der unermesslich ist und an den wir stets erinnern müssen.

■ Die Wiedervereinigung Deutschlands verdanken wir auch der Zustimmung der USA,

Englands, Frankreichs und Polens. Kontinuität in der Außenpolitik, Verlässlichkeit und Augenmaß haben die Bundesrepublik zum Partner und Freund in Europa und der Welt gemacht. Aus skeptischen Nachbarn, ja aus Siegermächten waren Freunde geworden, die Deutschland vertrauten. Der Weg dahin war nicht einfach. Dieses Vertrauen weist uns auch den Weg in die Zukunft.

■ Die praktische Umsetzung der Einheit, dieser zweiten Jahrhundertaufgabe nach dem Wiederaufbau, konnte nur gelingen, weil die Bürger in den alten Ländern in großartiger Weise Aufbauhilfe geleistet haben: 1.400 Milliarden Mark flossen bis Ende 1998 in den Aufbau Ost. Diese Solidarität hat Wirkung gezeigt. Wie viel, das lässt sich vor allem dann leicht erkennen, wenn man die Situation vor der Wende mit der von heute vergleicht – und zwar nicht mit den alten Bundesländern, sondern mit den Lebensbedingungen in den anderen jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa.

Das in diesem Wochen alle politischen Parteien – bis auf die PDS natürlich – um die deutsche Einheit buhlen, zeigt vor allem eines: Die Deutsche Einheit ist gelungen. Sie ist ein Erfolg. Denn um ein misslungenes Projekt reißt sich niemand.

Eine kurze Bilanz

Ziehen wir zum 10. Jahrestag der Deutschen Einheit einmal eine kurze Bilanz. Auch wenn wir wissen, was noch zu tun ist: In den letzten zehn Jahren wurde ohne Frage schon Gewaltiges erreicht – Rechtsstaat, Demokratie, Freiheit. Und in der Wirtschaft, im Umweltschutz, ja in der ganzen Lebensqualität hat sich ein wirklicher Quantensprung vollzogen. Darauf können wir stolz sein, und wir sind es auch.

Richtig ist, dass auch Kredite bei der Finanzierung helfen mussten. Solidarität war

und bleibt nötig. Bis heute sind rund 1.400 Mrd. DM in den Aufbau Ost geflossen. Heute geißeln diejenigen die Verschuldung des Bundes, die damals die Einheit am liebsten verhindert hätten.

Haushaltsdisziplin ist gut. Aber mit der Mentalität eines Buchhalters kann man keine historische Aufgabe bewältigen. Und bei der Debatte um die Staatsverschuldung lässt sich die CDU auch nicht das Büberhemd für die Deutsche Einheit überstreifen.

Im übrigen gilt: Viele Länder in Europa wären immer froh gewesen, wenn sie die Währungsstabilität und die wirtschaftliche Leistungskraft des vereinigten Deutschlands gehabt hätten – und das ohne einen vergleichbaren Kraftakt. Erst die Regierung Kohl hat in den 80er Jahren die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Deutsche Einheit auch wirtschaftlich bewältigt werden konnte. Es ist ganz eindeutig, dass die deutsche Volkswirtschaft die Aufbauleistung gut verkrattet hat.

In einer gemeinsamen materiellen wie menschlichen Anstrengung ohnegleichen haben wir es geschafft, ganz Deutschland zu einem Land in Freiheit und Wohlstand zu machen. Dabei ist der Lohn ungleich größer als die Anstrengungen:

■ Der Lebensstandard betrug in der DDR ein Drittel des Westniveaus. Nur jeder 6. Haushalt hatte Telefon. Heute haben die neuen Länder das modernste Telekommunikationsnetz in ganz Europa. Zu kaufen gibt es überall alles. Natürlich kann sich nicht jeder alles leisten. Aber das ist auch in den alten Ländern so. Das Einkommensniveau gleicht sich weiter an. Und auch mit der Wirtschaft geht es bergauf – wenn auch an manchen Orten nicht so schnell, wie wir es uns wünschen würden.

■ Gerade den älteren Menschen, die schon unter der Last des Krieges zu leiden gehabt hatten, geht es erheblich besser. Heute strei-

ten wir über ein Rentenniveau von 65 oder 70 Prozent oder mehr des Nettoverdienstes. Vor der Wende betrug es gerade einmal 41 Prozent. Die Rentner gehören zu den größten Gewinnern der Einheit, und das freut uns.

■ Zu den großen Gewinnern der Einheit gehört die Umwelt. Und mit ihr die Menschen – alle Menschen. Quecksilber, Staub, Chlor: ungeschützter Umgang mit hochgiftigen Substanzen gehörte doch ebenso zum Alltag; genau so wie die Belastung der Städte, der Anwohner und Kinder mit gesundheitsgefährdenden Emissionen in Luft und Wasser. Dieser verantwortungslose Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen und vor allem an der Gesundheit vieler Zehntausend Menschen gehört Gott sei Dank der Vergangenheit an.

■ Zwei Drittel der ostdeutschen Wohnbebauung stammte aus Vorkriegszeiten und war kaum renoviert, 225.000 Wohnungen waren aus Sicherheitsgründen baupolizeilich gesperrt. Heute sind die Verhältnisse wieder so, dass 82 Prozent der Ostdeutschen mit ihrer Wohnung zufrieden sind, wie eine aktuelle Umfrage ausweist.

Wer sehen will, was sich getan hat, der braucht nur einmal durch die Innenstädte zu gehen. Im übrigen kann man jedem Bürger aus den alten Ländern, der noch keine Ferien in Ostdeutschland verbracht hat, nur raten, das zu tun.

Enorme Aufbauleistung

Doch kann man die Aufbauleistung nicht allein materiell begreifen, sondern vor allem menschlich und mental. Denn wir verkennen nicht: Natürlich war die Umstellung gewaltig – und sie war im Osten viel größer als im Westen. Sie betraf jeden ganz persönlich. Das gilt gerade für die Vielen, die als 40- oder 50-

Jährige einen so tief greifenden Systemwechsel erlebt haben. Mitten in einer Biographie änderte sich plötzlich alles: das Wirtschaftssystem und damit das eigene Arbeitsumfeld, das Gesellschaftssystem und damit der Blickwinkel, von dem aus man sich selber und seine Mitmenschen betrachtet. Das ist keine leichte Aufgabe – und vielleicht ist es sogar eine Generationenaufgabe.

Der Blick nach vorne aber verrät uns: Die Mehrheit ist optimistisch gestimmt im zehnten Jahr der Einheit. Immer mehr Menschen in den neuen Ländern beurteilen ihre Situation positiv – sowohl persönlich wie wirtschaftlich. Gerade die CDU-regierten Länder im Osten sind gut in Schwung gekommen.

Auch das ist ja ein Beitrag zur deutschen Normalität. Denn egal, ob alte oder neue Bundesländer: Im Süden und da, wo mehrheitlich die Union regiert, geht es mit der Wirtschaft steiler bergauf als anderswo. Weil sie die Bedingungen schafft, damit sich Leistung lohnt.

Überall in den neuen Ländern sehen wir viel Einsatz und Flexibilität, viel Mut zu neuen Lösungen – Dinge, die in der alten Bundesrepublik durchaus nicht an der Tagesordnung waren. Aus den neuen Ländern kommt also ein frischer Wind, der ganz Deutschland nach vorne treibt.

Diese Dynamik nutzt dem ganzen Land. Wie viel größer aber könnte der Nutzen sein, wenn sich Schröder so um die neuen Ländern kümmern würde, wie die CDU das immer getan hat. Besichtigungsreisen lösen keine Probleme.

Zwei wertvolle Jahre hat Schröder schon verloren. Die Haushaltskürzungen bei den Investitionen in die Infrastruktur sind unverantwortlich. Ich erinnere nur an die ICE-Strecke Nürnberg-Erfurt-Berlin oder den Transrapid zwischen Berlin und Hamburg. Der Aufbau Ost ist noch nicht zu Ende. Und niemand darf

sich aus der Solidarität stehlen. Nicht die alten Länder – und vor allem nicht die Bundesregierung.

Signal für einen zweiten Aufbruch

Der zehnte Jahrestag der Einheit sollte das Signal für einen zweiten Aufbruch sein. Ich glaube, jetzt, nachdem die drängendsten Aufräumarbeiten erledigt und eine Reihe wichtiger Aufbauziele erreicht sind, beginnt eine Zeit, in der wir neu nachdenken können.

Das Deutschland, das wir uns wünschen, werden wir nur dann schaffen können, wenn wir aufhören, weiter die alten Stichworte zu bemühen. Damit meine ich zum Beispiel das Schlagwort von den „Bürgern zweiter Klasse“, das immer wieder in den Umfragen vorkommt. Damit meine ich die immer weitergeführte Analyse über Missverständnisse, Unterschiede, Ost- und West-Identitäten. Und damit meine ich auch jene unselige Aufrechenerlei um Dankbarkeit, um Abhängigkeit, um Geben und Nehmen.

Wenn wir das hinter uns lassen, machen wir einen großen Schritt nach vorne, einen Schritt in die Zukunft.

Den müssen wir auch machen, denn es warten viele Aufgaben auf uns. Die rechtsextreme Gewalt ist eine davon.

Die friedliche Revolution war ein Neubeginn. Dennoch wissen wir um unsere Geschichte. Und wir ziehen daraus die Konsequenzen. Dem Rassismus und Extremismus jeglicher Couleur und dem Denken in allzu simplen Parollen erteilen wir eine ganz klare Absage.

Demokratie erfordert Toleranz. Und Deutschland wird nur als weltoffenes Land eine erfolgreiche, eine gute Zukunft haben. Gerade vor diesem Hintergrund müssen wir zweierlei in aller Klarheit, mit allem Nachdruck sagen:

Im Deutschland des 21. Jahrhunderts dürfen Rechts- und Linksextremisten keine Schonfrist erwarten. Das Urteil von Halle weist den Weg. Doch darüber hinaus sind alle Bürger aufgerufen, Front gegen die zu machen, die die Verfassung dieses Landes mit Füßen treten. In einem Land, in dem Zivilcourage eine mächtige Diktatur gestürzt hat, wird sie auch hinreichen, um Unmenschlichkeit, Gewalt und Extremismus in Schach zu halten. Diese Aufgabe kann nicht an die Politik und auch nicht an die Polizei abgetreten werden.

Mit dem Kalten Krieg muss auch das Gefühl der Angst und der Bedrohung zu Ende sein. Wir werden nicht zulassen, dass ein paar Gewalttäter neue Angst schaffen.

Das gemeinsame europäische Haus wird weiter gebaut

Zu den vielen erfreulichen Aspekten dieses Jahrestages gehört, dass sich Freiheit und Demokratie überall in Europa durchgesetzt haben. Mit der deutschen Einigung wurde die ehemalige DDR ein Teil Europas. Und mit der Erweiterung der europäischen Union wird weitergehen, was damals begonnen wurde: Was Ostblock war, wird jetzt wieder in die europäische Staatengemeinschaft eingebunden. Das gemeinsame europäische Haus, von dem Helmut Kohl und Michail Gorbatschow immer sprachen – es wird weiter gebaut.

Wir in Deutschland haben dabei eine besonders herausragende Rolle zu übernehmen. Durch die deutsche Wiedervereinigung vereinen wir in unserem Land jetzt zweierlei Know-how, östliches und westliches; das sollten wir nutzen, wenn es um die Einbindung unserer Nachbarn in die europäische Ordnung geht, eine Ordnung des Friedens, der Verständigung und des wirtschaftlichen Gedeihens.

Deutschland ist eins. Das haben wir geschafft. Jetzt müssen wir darüber sprechen, wie Deutschland werden soll – zum Beispiel im Jahr 2005 oder 2010. In der Arbeit auf ein gemeinsames Ziel hin wird es uns gelingen, Unterschiede als Bereicherung, nicht als Trennung zu erkennen.

Wenn wir also über dieses gemeinsame Projekt nachdenken – wie könnte es aussehen? Sicher ist nur eines: Es muss uns um die Verbesserung unserer Zukunftschancen gehen. Das ist der Maßstab, den wir anlegen müssen.

Also gilt es, die entscheidenden Zukunftsprojekte anzugehen:

- Deutschland war viele Jahrzehnte lang ein Vorbild, wenn es um Bildung und Ausbildung ging: Danach müssen wir auch jetzt wieder streben.

- Gesellschaftliche Solidarität als Teilhabe und nicht mehr nur als Umverteilung zu gestalten: Das ist eine herausragende Aufgabe.

- Die Soziale Marktwirtschaft hat der Bundesrepublik 50 Jahre lang Wohlstand gebracht. Weil sie auf den Mittelstand gesetzt und ihn gestärkt hat. Heute erleben wir eine neue Gründerwelle. Deshalb muss sich auch die Politik, muss sich die Bundesregierung für den Mittelstand einsetzen und nicht nur für die Großunternehmen.

- Die Bürgergesellschaft in Deutschland so zu stärken, dass Gewalt – ob von rechts oder von links – keine Chance hat in diesem Land:

Die Nachrichten der letzten Woche zeigen uns doch, wie dringlich das ist. Deshalb gibt es für uns keine Alternative zu einer Politik, die sich an Freiheit und Solidarität, an Gerechtigkeit und Verantwortung orientiert.

- Kern jeder Gesellschaft ist und bleibt die Familie. Auch und gerade, weil dort Werte vermittelt werden. Das vergessen wir nie – deshalb wollen wir die Ehe stärken und Familien mit Kindern fördern, zum Beispiel bei der privaten Altersvorsorge. Aber die Förderung von Familien muss noch weiter gehen. Deshalb fordern wir ein Familiengeld, das Eltern und Kinder unterstützt und den Konflikt „Arbeit oder Kinder“ zu lösen hilft.

All das sind Aufgaben für unser Gemeinwesen. Das Bewusstsein dafür, dass wir **zusammen** vor großen Aufgaben stehen, ist Voraussetzung dafür, dass wir sie mit Erfolg bestehen können. Und dazu müssen wir weg von Nabelschau und Selbstbespiegelung.

Der Tag der Deutschen Einheit ist Anlass zur Freude für uns, Anlass zur Standortbestimmung und Anlass, mit Zuversicht nach vorne zu schauen. Wir sind stolz auf das, was wir schon geschafft haben in den vergangenen zehn Jahren. Und wir wollen Deutschland zu einem Land der Zukunftschancen für alle Bürger machen. Das ist unsere Aufgabe als CDU und unsere Aufgabe als Bürger der Bundesrepublik Deutschland. An diesem zehnten Jahrestag der Einheit und darüber hinaus.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König. Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.